

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Schulstraßen in Stuttgart umsetzen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 320 Amt für öffentliche Ordnung.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
2180	0,5		32-31.5	Projektkoordination Schulstraßen	A12		

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Schulstraßen sind ein wirksames Instrument, um die Sicherheit im Schulumfeld, insbesondere für Kinder, deutlich zu erhöhen.

Durch die neue Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und die zugehörige Allgemeine Verwaltungsvorschrift wurde die Einrichtung von Schulstraßen wesentlich erleichtert. Mit dem Erlass „Schulstraßen“ hat die grün-schwarze Landesregierung zudem klare rechtliche Rahmenbedingungen für deren Umsetzung geschaffen.

Für die Falkert-Schule im Stuttgarter Westen liegt bereits ein Beschluss zur Umsetzung in einem Bezirk vor. Weitere Schulgemeinschaften und Bezirke bereiten derzeit entsprechende Initiativen vor.

Um diese Entwicklung zu fördern und weitere Schulstraßen in Stuttgart realisieren zu können, sollen Mitteln für Planung und Umsetzung bereitgestellt werden. Diese sollen insbesondere für Beschilderungen, Einfahrbeschränkungen sowie technische Lösungen zur Zugangskontrollen während Sperrzeiten eingesetzt werden.

Hiezu beantragen wir 100.000 Euro in den Jahren 2026 und 2027 und eine halbe Stelle A12.

Gez.

Dr. Sebastian Karl

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende